

Rechtsextremismus und die soziale Frage – eine Expertise

Erstellt von Martin Langbein im Januar 2009

Lehrstuhl für Arbeits-, Wirtschafts- und Industriesoziologie

Universität Jena

Kontakt: martin.langbein@uni-jena.de

Quellen

- <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/npd1.htm>
- http://www.thueringen.de/imperia/md/content/lzt/die_rechtsextremen_sagen.pdf
- <http://www.fes.de/aktuell/documents/StudieEndversion.pdf>
- http://www.agrexive.de/cms/front_content.php?idcat=23
- http://www.kompetent-fuer-demokratie.de/lexikon_145.html?buchstabe=s&wort_id=51&wort=Soziale+Frage
- http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&vid=1417.html
- http://www.gelbehand.de/data/broschuere_trittbrettfahrer.pdf
- http://partei.npd.de/medien/pdf/Europaprogramm_Netz.pdf
- <http://partei.npd.de/medien/pdf/Parteiprogramm.pdf>
- http://www.agrexive.de/cms/upload/pdf/G8_Heiligendamm/auf_dem_weg_zum_gipfel_100dpi.pdf
- http://www.akweb.de/ak_s/ak515/13.htm

Gliederung

| | | |
|------------|--|----------|
| I | Abstract - Rechtsextremismus und soziale Frage | 2 |
| II | Aus dem Parteiprogramm und dem Aktionsprogramm der NPD | 3 |
| | II.1 Anmerkungen zur Programmatik | 6 |
| | II.2 Aktuelle NPD Schlagzeilen | 7 |
| III | Die Hinwendung zu sozialer Politik und Sozialdemagogie der extremen Rechten | 8 |
| | III.1 Die „antikapitalistische“ Strategie der extremen Rechten bezüglich der „Nationalisierung“ der sozialen Frage | 10 |
| | III.2 „Antikapitalismus von rechts“ | 11 |
| | III.3 Rechtsextremismus in Deutschland als soziale Bewegung – Beispiel „soziale Frage“ | 12 |
| | III.4 Rechtsextremismus in Deutschland als soziale Bewegung – Beispiel „Globalisierungskritik“ | 14 |

I Abstract - Rechtsextremismus und soziale Frage

Schon seit geraumer Zeit bemüht sich das rechte extremistische Spektrum, die „soziale Frage“ mit seinen politischen Inhalten zu besetzen und sich als ‘Rächer der sozial Benachteiligten’ zu stilisieren. Versucht wird von weiten Teilen der rechtsextremistischen Szene, einen nationalen oder völkischen Sozialismus zu popularisieren, der sich gegen den „bankrotten“ westlichen Parlamentarismus und eine „kapitalistische Plutokratie“ richtet. Auch der rechtsextremistische Gerechtigkeitsbegriff ist in völkischen Kategorien verhaftet, bezieht sich auf die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen und kommt nur denen zugute, die als zum eigenen Volk gehörig akzeptiert werden. In diesem Sinne geht es Rechtsextremisten, wenn sie zu sozialen Themen auf die Straße gehen oder eine Kampagne gegen „Hartz IV“ starten, nicht vordringlich um Solidarität in einem sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Sinne. Unter Solidarität wird hier eindeutig die „Bereitschaft eines Volkes zur Volksgemeinschaft sowie die enge Bindung als nationale Kampf- und Tatgemeinschaft“ verstanden. Dass dieser Volks-, Kampf- und Tatgemeinschaft nur Deutsche im Sinne des *ius sanguinis* angehören, kann im Rechtsextremismus als Konsens gelten.

Im rechtsextremistischen Begriffsuniversum wird die soziale Frage völkisch aufgeladen und gegen die Bundesrepublik im Einzelnen und eine offene, pluralistische Gesellschaft im Allgemeinen in Stellung gebracht. Wie dies zu geschehen hat, führte jüngst das Mitglied des sächsischen Landtages und des NPD-Bundesvorstandes, Jürgen Gansel, sehr klar aus. Er stellt in einem Interview mit der „Deutschen Stimme“ klar: „Adolf Hitler und die NSDAP sind Vergangenheit, Hartz IV und Globalisierung, Verausländerung und EU-Fremdbestimmung aber bitterböse Gegenwart“. Der NPD-Kader fährt unverblümt fort: "Insofern haben wir Nationalisten zwingend Gegenwartsthemen aufzugreifen und die soziale Frage konsequent zu nationalisieren. Laden wir die soziale Frage weiterhin völkisch auf – „Wir Deutschen oder die Fremden“, „Unser Deutschland oder das Ausland“ – und untermauern wir den Schlachtruf „Gegen Verausländerung, Europäische Union und Globalisierung“ noch stärker programmatisch, werden wir die etablierten Volksbetrüger schon bald das Fürchten lehren." Um wirkungsvoll „deutsche Interessen“ vertreten zu können sei es unerlässlich, eine „Ethnisierung des Sozialen und damit eine klare Trennung von Eigenem und Fremdem“ voran zu treiben.

Autor:

Dr. Thomas Grumke

II Aus dem Parteiprogramm und dem Aktionsprogramm der NPD (Originalauszüge)

Die National demokratische Partei Deutschlands
strebt den Austausch der Mächtigen an,
um dem deutschen Volk im Rahmen der europäischen
Völkerfamilie eine Zukunft zu geben.

Wir stehen mit einem lebensrichtigen Menschenbild
gegen Fremdherrschaft und Fremdbestimmung, gegen
Überfremdung, Ausbeutung und Unterdrückung, für
deutsche Freiheit, für Freiheit der Völker, für eine soziale
Neuordnung in Deutschland.

„Multikulturelle“ Gesellschaften sind
in Wirklichkeit kulturlose Gesellschaften. Die Vielfalt der
Völker muß erhalten bleiben.

Die Familie ist vor allen anderen
Lebensgemeinschaften zu fördern.

Kindergeld als volkspolitische Maßnahme des
Staates darf nur an deutsche Familien ausgezahlt werden.

Der familiengerechte Wohnungsbau mit kindgerechtem
Umfeld ist vorrangig zu fördern. Das Miteinander der
Generationen soll möglich werden.

Die Leistung der Hausfrau und Mutter ist mit keiner Arbeitsleistung anderer Berufe zu vergleichen. Ihr gebührt ein nach Anzahl der Kinder gestaffeltes Hausfrauen und Müttergehalt, das ihrer vielseitigen Tätigkeit und Verantwortung entspricht. Sie sollte nicht aus finanziellen Gründen außerhäuslich arbeiten müssen, da der Beruf in der Familie sie voll auslastet. Ihre Altersrente ist zu sichern.

Der Staat muß der Wirtschaft Rahmenrichtlinien vorgeben; falls nötig, Richtdaten setzen und durchsetzen, wenn das Gemeinwohl dies erfordert. Nicht das Volk dient der Wirtschaft, vielmehr muß die Wirtschaft dem Volke dienen.

Die Industrie- und Dienstleistungsverlagerungen aus Deutschland und die Vergabe von Lohnarbeit in so genannte Billiglohnländer ist moralisch zu ächten und steuerlich zu ahnden.

Jeder Deutsche hat das Recht auf Arbeit. Arbeitsplätze sind zuerst an Deutsche zu vergeben. Männer und Frauen sind im Arbeitsleben unter Berücksichtigung des Leistungsprinzips gleich zu behandeln.

Die Arbeitnehmer sind am Produktivvermögen zu beteiligen. Was Automation und Rationalisierung an Arbeit und Lohn nehmen, muß durch Mitbeteiligung am Gewinn der Wirtschaft wieder gegeben werden.

Die NPD lehnt die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung systematisch betriebene Internationalisierung der Volkswirtschaften entschieden ab. Diese Globalisierung der Wirtschaft beruht auf dem überholten und falschen Ziel der maximalen Ausbeutung der Erde durch Schaffung von wirtschaftlichen Monokulturen gemäß dem so genannten „Gesetz der komparativen Vorteile“.

Eine soziale Lohn- und Gehaltspolitik muß jedermann einen ausreichenden und gerechten Anteil am Volkseinkommen gewähren.

Nationaldemokratische Sozialpolitik fühlt sich auch den sozial Schwachen unseres Volkes verpflichtet.

Das Recht aller Menschen auf eine lebenswerte Zukunft, das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, auf kulturelle und nationale Identität, haben Vorrang vor bedingungslosem, einseitigem und kurzsichtigem Gewinnstreben

II.1 Anmerkungen zur Programmatik (Landeszentrale für politische Bildung)

"Völker" werden nicht rechtlich begriffen, sondern als historisch handelnde Subjekte mit je eigener nationaler Identität.

Völkische Ideologie und der Mythos von der Volksgemeinschaft sind bis heute zentraler Bestandteil rechtsextremer und nationalistischer Vorstellungen.

Vor den Folien von "Gleichheit" bzw. "Ungleichheit" kritisieren Rechtsextremisten was heute unter dem Schlagwort "Globalisierung" bekannt ist. Antisemitismus ist ein zentraler Bestandteil dieser Kritik. Es seien Religionen, Rechtssysteme, Weltanschauungen, Imperialismus in seiner politischen Form sowohl wie in seiner kulturellen und das kapitalistische Wirtschaftssystem, die die Idee von der Gleichheit unter das Volk und die Völker bringen und durch die ihre spezifische "Andersartigkeit" zerstört würde. Die Gleichheitsidee sei ein Instrument zur Beherrschung und wirtschaftlichen Ausbeutung. Nutznießer sei eine kleine Gruppe an Strippenziehern, Herrschern und Kapitalisten.

Auch das "Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland" der NPD teilt die Auffassung, dass "das Volk" eine Gemeinschaft auf Grundlage "gemeinsamer Abstammung" sei. "Das Eindringen zu vieler Fremder" zerstöre die Gemeinschaft. "Ausländische Gäste" seien willkommen, "doch Ausländer ohne Arbeitserlaubnis haben Deutschland nach längstens dreimonatigem Aufenthalt unverzüglich zu verlassen." Arbeit sei nur dann an "Ausländer" zu vergeben, "wenn keine gleich qualifizierten deutschen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen". In Deutschland lebende und beschäftigte "Ausländer" seien "sofort" aus dem Sozial- und Rentenversicherungssystem auszugliedern." Die NPD setzt sich daher für die humane Rückführung der Ausländer in ihre Heimat und bevorzugte Einstellung deutscher Arbeitskräfte ein.

II.2 Aktuelle NPD Schlagzeilen

Jugend braucht Visionen!

Der Staat ist gegenüber seiner Jugend verpflichtet und muß ihr eine lebenswerte und sichere Zukunft bieten. Diese Pflicht wird in der BRD auf sämtlichen Ebenen vernachlässigt.

05.01.2009

Mehr Kindergartenplätze und soziale Absicherung deutscher Familien!

Die von den Altparteien betriebene Familienpolitik ist familien- und kinderfeindlich. Paare, die sich für Kinder entscheiden, werden im Steuer- und Rentenrecht gegenüber denjenigen deutlich benachteiligt, die auf Nachwuchs verzichten.

05.01.2009

Gesundheitsreform ist Ausdruck des heillosen politischen Chaos

Die Gesundheitsreform ist erst wenige Tage alt und schon werden Rufe nach einer Neuauflage lauter.

05.01.2009

Rattenjagd als Ein-Euro-Job?

FDP-Fraktionsvize im Berliner Abgeordnetenhaus äußerte die Idee, arme Berliner Bürger auf die in Berlin zahlreich vorhandenen Ratten los zu lassen

17.12.2008

Es kann nicht sein, daß mehr `Verfassungsschützer` als Hausärzte zur Verfügung stehen

Fraktionschef Apfel rügt in Haushaltsdebatte starken Anstieg der Ministergehälter

10.12.2008

Frisierte Arbeitslosenzahlen und drastischer Anstieg von Armut trotz Arbeit

Immer mehr Menschen sind trotz Arbeit auf Lohnersatzleistungen nach SGB II bzw. SGB

III angewiesen

07.12.2008

Die eiserne Faust der Staates statt der unsichtbaren Hand des Marktes

Als Folge der internationalen Finanzmarktkrise wächst die Wirtschaftsautorität des

Nationalstaates

18.11.2008

III Die Hinwendung zu sozialer Politik und Sozialdemagogie der extremen Rechten (DGB Broschüre)

- Die Neonazis haben erkannt, dass die sozialen Probleme viele Menschen bewegen. Zwar benutzen sie die soziale Frage als Köder zur Verbreitung ihrer völkischen und rassistischen Weltanschauung, aber nicht immer kommt das als simple Propaganda auf der Straße daher.
- Die extreme Rechte greift soziale Missstände, Zukunfts- und Existenzängste in der Gesellschaft zwar auf, lenkt sie im zweiten Schritt jedoch auf ihre altbekannten rassistischen und nationalistischen Mühlen. Ihr Ziel ist es, sozialen Protest für die braune Ideologie zu funktionalisieren.
- Udo Pastörs, Spitzenkandidat der NPD für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006: „Wir als NPD sind nicht bereit, die Bühne im Landtag zu Schwerin um eine weitere Laienschauspielgruppe zu vergrößern. (...) Eine wirkungsvolle Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nach meiner Auffassung erst nach Überwindung des real existierenden kapitalistischen Systems in Europa möglich.“
- Als Zentrum des „Nationalen Sozialismus“ wird ein deutscher mittelständischer Kapitalismus gepriesen. „Der nationale Sozialismus sieht in einer Rechtsordnung, die dem Fleißigen und Tüchtigen den Erwerb von Privateigentum ermöglicht und den Besitz des Erworbenen garantiert, solange er nicht der Allgemeinheit des deutschen Volkes schadet, die beste Grundlage für das Wiedererstarken der Wirtschaft und der Persönlichkeit.“
- „Antikapitalismus“ steht bei der extremen Rechten nicht für eine neue gerechtere Wirtschaftsordnung, sondern wendet sich ausschließlich gegen das internationale Kapital, die Globalisierung oder internationale Konzerne. Auch die scheinbar radikalen Parolen wie „Großkapital enteignen“ oder „Das System stoppen, Kapitalismus abschaffen“ auf neonazistischen Transparenten sind in diesem Sinne zu verstehen. Denn auch über die Rechte der „Unterdrückten“ ist in „Antikapitalismus ... von ‚Rechts‘“ nichts zu lesen.
- Stattdessen bekennt sich die NPD zum freien Unternehmertum. Lediglich eine soziale Verpflichtung der Arbeitgeber wird angemahnt. „Ziel nationaldemokratischer Wirtschaftspolitik“, so steht es im Programm der Partei, „ist die Synthese von unternehmerischer Freiheit und sozialer Verpflichtung. Deshalb bekennt sich die NPD zu einem freien und sozialverpflichteten Unternehmertum“.

- Tatsächlich gibt es eine Reihe ideologischer Gemeinsamkeiten von extremer Rechten und Neoliberalismus. So sind die entscheidenden Kategorien der extremen Rechten nicht arm oder reich, sondern leistungsfähig oder überflüssig. Das unsolidarische Konkurrenzprinzip, demnach sich der Stärkere und Bessere im Wettbewerb durchsetzt und das Schwache ausgesondert wird, ist als Sozialdarwinismus übersteigert auch eine Grundlage extrem rechter Ideologie. Leistungs- und Gewinnstreben wird von Neonazis ebenso befürwortet wie vom Neoliberalismus, und das Privateigentum an Produktionsmitteln zweifeln extreme Rechte nicht an. Demokratie lehnen sie auch im Betrieb ab.
- Ginge es nach der NPD, gäbe es nur noch eingeschränkte Sozialleistungen für Deutsche. Politische Gegner der Neonazis, Ausländer und Flüchtlinge bekämen gar nichts.
- Extreme rechte Globalisierungskritiker kämpfen nicht für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Sie benutzen das Unbehagen an der Globalisierung zum Aufbau eines Bedrohungsmythos gegen die Deutschen.
- Das Feindbild Nr. 1 der Neonazis in diesem Zusammenhang ist die Globalisierung, denn dieses Feld scheint für viele Menschen undurchschaubar und symbolisiert ihre Ohnmacht gegenüber den scheinbaren Sachzwängen der internationalisierten Wirtschaft. Gegen die Folgen, einen zunehmend unsicheren sozialen Status, setzt die NPD ihren zentralen Slogan „Arbeit – Familie – Heimat“. Damit versucht sie die Geborgenheit in der „Volksgemeinschaft“ gegen die Unsicherheiten des heutigen Arbeitslebens in Stellung zu bringen und sich als Vertreter der so genannten Globalisierungsverlierer zu präsentieren.

III.1 Die „antikapitalistische“ Strategie der extremen Rechten bezüglich der „Nationalisierung“ der sozialen Frage

- Spalten, ausgrenzen, Bevölkerungsteile gegeneinander aufhetzen – so lässt sich die Vorgehensweise der faschistischen Rechten auf den Punkt bringen. Soziale Konflikte will die extreme Rechte allerorts „völkisch aufladen“, sie zuspitzen auf die Frage „die oder wir“. Zudem haben mittlerweile NPD und neonazistische Kameradschaften ihren „Antikapitalismus“ ins Zentrum ihrer Aktivitäten gerückt.
- Mit ihrer Strategie der „Nationalisierung der sozialen Frage“, wie sie sie selber nennen, will die NPD 2009 den Sprung in den Bundestag schaffen. Den aufgrund des neoliberalen Sozialabbaus härter werdenden Überlebenskampf wollen sie nutzen, um zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“ zu polarisieren: „Wir oder die“, „Sozialstaat oder Einwanderungsstaat“.
- Dort, wo linke Kräfte nicht mehr präsent sind, versuchen sie das Feld in Beschlag zu nehmen. Sie mischen sich in soziale Auseinandersetzungen ein, wie bereits bei den Anti-Hartz-Demos, und versuchen sich als Protest- und Oppositionspartei zu präsentieren. Ihre vorneweg getragenen Losungen sind auf den ersten Blick radikal antikapitalistisch und für Außenstehende oft nicht von linken Aussagen zu unterscheiden. Neonazis bezeichnen sich selbst als konsequente Globalisierungsgegner. In ihrer Propaganda verwenden die Rechtsextremisten gerne radikal klingende Begriffe, reden von der „Abschaffung des Kapitalismus“ und vom „Kampf gegen Imperialismus“.
- Sie versuchen heute als vermeintliche Kapitalismuskritiker an aktuelle politische Auseinandersetzungen anzuknüpfen und beantworten diese mit antisemitischen und rassistischen Verschwörungstheorien. Die Wurzel allen Übels der Globalisierung ist für die extreme Rechte die zunehmende Zerstörung des völkisch homogenen Nationalstaates, also das Ende einer vermeintlich gesunden und natürlichen Ordnung der Rassen, Völker und Kulturen sowie ihrer Lebensgrundlagen: denn im Verständnis der Neonazis handelt es sich bei der Globalisierung „um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes.“ Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA. Die rechtsideologische Unterscheidung in „gutes, nationales, schaffendes“ und „böses, internationales, raffendes“ Kapital personifiziert das Schlechte des Kapitalismus im Kapital. Anstelle von globalem Freihandel wird eine „raumorientierte Volkswirtschaft“ propagiert.

III.2 „Antikapitalismus von rechts“

- Die Hinwendung zu einer "antikapitalistischen" Agitation erklärt sich nicht nur aus dem antisemitischen Weltbild der extremen Rechten, sondern ist auch der Versuch, gesellschaftliche Widersprüche zu bearbeiten. Vor allem die NPD ist mit ihrer Verbindung von sozialer Frage mit aggressivem Rassismus und Chauvinismus erfolgreich. Knüpft sie damit doch an die sozialen Ängste und weit verbreiteten Ressentiments in der Bevölkerung an
- Spätestens mit den aufkeimenden Protesten gegen die Arbeitsmarktreform (Hartz IV) im Sommer 2004 versuchte die NPD sich als Anwalt der kleinen Leute zu profilieren
- Vor dem Hintergrund massivem Sozialabbaus lässt sich eine eher neoliberal orientierte Politik nicht mehr als Alternative verkaufen. Mit einer autoritär-völkischen Gemeinschaftsideologie lassen sich aber, gerade im Osten, noch einige WählerInnen gewinnen. Insofern hofft die extreme Rechte, die seit fast zehn Jahren öffentlich geführten Diskussionen über die Folgen der Globalisierung für sich nutzen zu können. Ihre Logik ist einfach: Wenn die Hauptursache für gesellschaftliche Probleme wie die hohe Arbeitslosigkeit die Internationalisierung der Wirtschaft ist, dann kann nur ein nationaler Protektionismus Abhilfe schaffen
- Die "Kapitalismuskritik" der NPD ist nicht viel mehr als die Forderung nach staatlich regulativen Eingriffen in die Wirtschaft, verbunden mit antisemitischer Hetze
- Neben der Entmachtung von multinationalen Konzernen fordert die NPD auch die Senkung der Lohnnebenkosten und der Erbschaftssteuer für kleine Unternehmen, sowie "Steuerfreiheit für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben und somit für Investitionen zur Verfügung stehen". Mit Antikapitalismus hat das alles nichts zu tun: Weder das Privateigentum an Produktionsmitteln noch das Profitprinzip wird in Frage gestellt. Natürlich geht es auch nicht um die gleiche Teilhabe Aller am gesellschaftlichen Reichtum. Die "Solidarität" beschränkt sich auf die "Volksgenossen" und setzt Leistungsfähigkeit und Unterordnung voraus.
- Es werden lediglich einfache Erklärungen und Feindbilder für unübersichtliche gesellschaftliche Verhältnisse geboten. Hierin liegt die Attraktivität des „Antikapitalismus von Rechts“

III.3 *Rechtsextremismus in Deutschland als soziale Bewegung – Beispiel „soziale Frage“* (Studie der Friedrich Ebert Stiftung)

- Die Frage, ob der Rechtsextremismus in Deutschland als soziale Bewegung bezeichnet werden kann, ist seit Jahren in der Politik- bzw. Sozialwissenschaft umstritten und wird kontrovers diskutiert.
- Wie Rucht nachweist, erfüllt die gegenwärtige extreme Rechte in Deutschland in weiten Teilen die Kriterien einer sozialen Bewegung. So strebt die rechtsextreme Bewegung einen grundlegenden sozialen Wandel an und kann als ein – wenn auch z. T. grobmaschiges und löchriges – Netzwerk von Netzwerken beschrieben werden.
- Wie für andere soziale Bewegungen gilt auch für die rechtsextreme Bewegung: „Das Mobilisierungsziel von instrumentell orientierten Bewegungskernen besteht darin, möglichst viele Personen aus den außen gelegenen Kreisen weiter nach innen zu bringen und neutrale ‚bystanders‘ zumindest in Sympathisanten zu verwandeln.“
- Von Bewegungsteilnehmern werden darüber hinaus Fußballvereine gegründet, die Feuerwehr oder der Kleingärtnerverein im Dorf wird „unterwandert“, Bürgerinitiativen gegen Asylbewerberheime werden gegründet oder rechtsextrem dominierte freie Träger werden in der Jugendarbeit aktiv. Hinzu kommen jugendliche Cliques meist junger Männer, die diffus rechte, fremdenfeindliche und rassistische Ideologieelemente vertreten und einen Kult der Gewalt und Männlichkeit ausleben. So entsteht das Bild einer sozialen Bewegung von rechts.
- Schon seit geraumer Zeit bemüht sich das rechtsextreme Spektrum, die „soziale Frage“ mit seinen politischen Inhalten zu besetzen und sich als ‚Rächer der sozial Benachteiligten‘ zu stilisieren. Versucht wird von weiten Teilen der rechtsextremen Szene, einen nationalen oder völkischen Sozialismus zu popularisieren, der sich gegen den „bankrotten“ westlichen Parlamentarismus und eine „kapitalistische Plutokratie“ richtet. Auch der rechtsextreme Gerechtigkeitsbegriff ist in völkischen Kategorien verhaftet, bezieht sich auf die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen und kommt nur denen zugute, die als zum eigenen Volk gehörig akzeptiert werden.
- In diesem Sinne geht es Rechtsextremisten, wenn sie zu sozialen Themen auf die Straße gehen oder eine Kampagne gegen „Hartz IV“ starten, nicht vordringlich um Solidarität in einem sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Sinne.
- Ein NPD Vertreter stellt in einem Interview mit der „Deutschen Stimme“ klar: „Adolf Hitler und die NSDAP sind Vergangenheit, Hartz IV und Globalisierung, Verausländerung und EU-Fremdbestimmung aber bitterböse Gegenwart“. Der NPD-

Kader fährt unverblümt fort: „Insofern haben wir Nationalisten zwingend Gegenwartsthemen aufzugreifen und die soziale Frage konsequent zu nationalisieren. Laden wir die soziale Frage weiterhin völkisch auf – ‚Wir Deutschen‘ oder ‚die Fremden‘, ‚Unser Deutschland oder das Ausland‘ – und untermauern wir den Schlachtruf ‚Gegen Verausländerung, Europäische Union und Globalisierung‘ noch stärker programmatisch, werden wir die etablierten Volksbetrüger schon bald das Fürchten lehren.“ Um wirkungsvoll „deutsche Interessen“ vertreten zu können sei es unerlässlich, eine „Ethnisierung des Sozialen und damit eine klare Trennung von „Eigenem und Fremdem“ voran zu treiben.

- Mit pseudo-sozialistischen Parolen wollen aber vor allem Neonazis an DDR-Erfahrungen anknüpfen und sich als „revolutionäre Organisation“ etablieren, die den „Steuermissbrauch der Superreichen“ bekämpft und sich als „Schicksalsgemeinschaft der Opfer des Kapitalismus“ versteht.
- In einem Papier „Grundsätze eines sozialistischen Nationalismus“ des Kampfbunds Deutscher Sozialisten (KDS) wird eine „nationale Sozialbewegung von rechts“ beschworen, „die drauf und dran ist, der Linken die Kompetenz für die soziale Frage und den Alleinvertretungsanspruch auf den Antikapitalismus zu entwenden“.
- Parallel zu NPD und DVU mobilisierten auch die rechtsextremen groupuscules der „Freien Nationalisten“ gegen Hartz IV. Der einschlägig bekannte bayerische Rechtsextremist Gerd Ittner schrieb in einem Aufruf vom 08. August 2004: „Jetzt heißt es für uns, diese EINMALIGE GELEGENHEIT entschlossen und mit ganzer Kraft zu nutzen. Wir dürfen das Feld nicht dem Gegner, den Feinden und Totengräbern Deutschlands und des Deutschen Volkes überlassen! Wir selbst müssen uns an die Spitze dieses beginnenden Volksaufstandes stellen [...]“. Mit diesem überhöhten Anspruch versuchten Rechtsextremisten zu führenden Kräften des Protests zu werden.
- Die Hinwendung zu sozialen Themen, die Thematisierung der sozialen Frage und ein verstärktes lokalpolitisches Engagement lassen sich als Versuche der extremen Rechten interpretieren, diese soziale Ächtung zu überwinden und Akzeptanz in der Bevölkerung zu gewinnen.
- Mäßigung und der Versuch Akzeptanz zu gewinnen bedeutet indes nicht, dass sich die politischen Ziele der Rechtsextremen geändert haben. Sie betreiben weiterhin bewusst eine „Ethnisierung des Sozialen“, die immer wieder Raum für rassistische Ressentiments schafft und eine Klientel ansprechen soll, das über fremdenfeindliche Einstellungen verfügt. Weiterhin ist mit den Etablierungsversuchen der extremen Rechten in Deutschland keine grundsätzlichen Änderung der politischen Ziele und

Utopien verbunden. Das grundlegende Ideologiegebäude des Rechtsextremismus hat sich trotz aller taktischen Windungen nicht geändert und setzt auf eine radikale und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nach völkischen Kriterien.

III.4 Rechtsextremismus in Deutschland als soziale Bewegung – Beispiel „Globalisierungskritik“

- Auch Globalisierung ist gleichermaßen über alle nationalen Grenzen hinweg ein zentrales Kampf- und Agitationsthema für Rechtsextremisten. Darüber hinaus werden mit der rechtsextremen Globalisierungskritik soziale und kulturelle Themen verquickt und wiederum ethnisiert. Der Gegenentwurf ist eine re-nationalisierte, völkische Ordnung – also nicht weniger als die Rekonstruktion einer ethnisch definierten Volksgemeinschaft.
- Globalisierung ist im rechtsextremen Verständnis also ein Herrschaftsinstrument derjenigen, die Nationen und deren Eigenständigkeit und Eigenarten im Namen des Profits eibnen und zerstören wollen. Eine erhebliche Gefahr geht hierbei vor allem von den USA aus, die als eine Art Globalisierungszentrale gesehen werden, denn: „Internationalismus und Globalisierung sowie der Imperialismus der ‚westlichen Wertegemeinschaft‘ im Schlepptau der USA gefährden die Souveränität der Völker in hohem Maße“.
- Insofern ist von dem Prozess der Globalisierung aus rechtsextremer Sicht nicht allein die nationale Ökonomie, sondern - noch wichtiger -, die nationale Kultur, Identität und Tradition auf das Ärgste bedroht.
- Rechtsextremisten sehen also den Prozess der Globalisierung als willentlich gesteuerte Vernichtung von Kulturen, Traditionen und Werten (und letztlich von Nationen und Völkern) durch die oben beschriebenen mächtigen „Globalisten“.
- „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre, stoppt die Globalisierung“, „Ein Ende der Globalisierung“ und „Globalisierung stoppen - stoppt die Weltpolizei USA!“ lauteten die Mottos von drei Demonstrationen, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden.